

1. Die SPD will als Sofortprogramm nach der Bundestagswahl die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro durchsetzen,

2. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Form von befristeten Anstellungsverhältnissen machen eine Planbarkeit des Lebens nicht möglich. Sie konterkarieren das Ziel guter Arbeitsbedingungen. Je weniger es davon gibt, desto besser. Die SPD will das Instrument der Leiharbeit nicht vollständig verbieten. Allerdings soll dieses flexible Instrument nur noch dazu dienen, Auftragsspitzen abzudecken, und nicht als Ersatz für Normalarbeitsverhältnisse. Dass wir es ernst meinen, haben wir zum Beispiel im Umgang mit der Fleischindustrie bewiesen. Die SPD hat zuletzt in der Fleischindustrie durchgesetzt, dass Werkverträge und Leiharbeit dort nicht mehr zum Einsatz kommen. Dies war dringend notwendig, weil es gerade in dieser Branche massiv Missbrauch zulasten der dort Beschäftigten gegeben hat, mit unmenschlichen Bedingungen hinsichtlich Arbeitszeiten und Unterkünften. Das Einsatzverbot ist zum Beispiel in diesem Bereich gut begründet.

3. Wir haben dazu eine klare Haltung im Wahlprogramm eingenommen. Der Erfolg der Unternehmen wird von ihren Beschäftigten erarbeitet. Deshalb verbessern wir deren Mitbestimmung. Wir werden sie auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform erweitern. Wir werden den Geltungsbereich der Mitbestimmung durch die Absenkung der Schwellenwerte der Unternehmensgrößen erweitern. Entscheidungen zur Verlagerung oder Schließungen von Betriebsstandorten sollen nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg getroffen werden. Darum stärken wir durch eine echte Parität in den Aufsichtsräten den Einfluss der Arbeitnehmer*innen.

4. Auch hier stehe ich hinter der Aussage im Wahlprogramm der SPD: Gute Arbeit und eine intakte Umwelt weltweit stärken gehört zur Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik. Wir tun das, indem wir von Unternehmen weltweit die Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten fordern. Es ist ein großer Erfolg der SPD, dass ein nationales Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht werden konnte. Wir werden es konsequent weiterentwickeln.

Ich füge hinzu: Der Bundesminister für Entwicklungszusammenarbeit Müller (CSU) war uns - trotz anderer Parteizugehörigkeit - eine große Hilfe dabei, dieses erste Lieferkettengesetz in der Bundesregierung durchzusetzen.